

Österreichische LehrerInnen Initiativen ÖLI-UG APS

28.4.2017

**An das Bundesministerium für Unterricht und Bildung
Minoritenplatz 5
1014 Wien**

Stellungnahme zum Autonomiepaket

Allgemeines:

Bildung kostet. Mehr Autonomie und pädagogische Freiräume für die schulische Arbeit mit Kindern erhält man nicht kostenneutral. Wir unterstützen grundsätzlich alle Bemühungen um effiziente Strukturen in unserem Bildungssystem. Da aber an allen Schulen Ressourcenmangel herrscht, kann man höhere Notwendigkeiten an einzelnen Standorten nur durch zusätzliche Mittel abdecken, nicht durch Umverteilung. Es braucht daher gesetzlich abgesicherte Zusatzressourcen für autonome Schwerpunktsetzungen, für Integration, Inklusion, Sprachgruppen und individuelle Fördermaßnahmen. Die für das Schuljahr 2016/17 zusätzlich zur Verfügung gestellten 80 Millionen Euro gehören jedenfalls als Fixum zusätzlich jedes Jahr ins Budget.

Schulcluster und Leitungsfunktionen:

Warum Schulcluster nicht Bundes- und Landesschulen unter einem Dach vereinen können, ist uns unverständlich. Die im Gesetzesentwurf vorgesehene Kooperation von Bundes- und Landesschulen reicht unserer Meinung nach nicht. Außerdem finden wir es schade, dass die Reform nicht genutzt wurde, um Bildungseinrichtungen von der Elementarstufe (Kindergarten) bis zur Matura miteinander zu verbinden.

Gleichzeitig halten wir das Prinzip der Freiwilligkeit für sinnvoll. Daher braucht es im Gesetz die explizite Ausformulierung der Aussage von BMin Dr.in Sonja Hammerschmid, dass der Zusammenschluss von Schulen zu einem Schulcluster ausschließlich auf freiwilliger Basis der betroffenen Schulgemeinschaftenerfolgen kann.

Wir geben zu bedenken, dass die tatsächlichen Aufgaben von SchulleiterInnen nicht ausschließlich administrativer Art sind. Die BereichsleiterInnen werden auch im Cluster als wichtige Ansprechpartner für LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen vor Ort zur Verfügung stehen müssen. Eine Lehrpflichtverminderung für BereichsleiterInnen in ausreichendem Ausmaß muss sichergestellt werden.

Aufweichung der KlassenschülerInnenhöchstzahlen und Teilungszahlen:

LehrerInnenmangel? Ruummangel?

Das Problem ist leicht zu lösen: Setzt mehr Kinder in jede Klasse und wir brauchen keinen Cent mehr – auf Kosten der SchülerInnen und der Unterrichtsqualität.

Begehrte Schulstandorte werden unter Druck geraten, mehr SchülerInnen aufzunehmen, als pädagogisch sinnvoll ist. Individualisierung, Differenzierung und Personalisierung werden in zu großen Klassen auf der Strecke bleiben.

Ohne eine dem pädagogischen Bedarf entsprechende Ressourcenzuteilung wird aus der vorgesehenen pädagogischen Freiheit für die Schule oder den Cluster ein Zwang zur Umschichtung ohnehin knapper Ressourcen. Jede kleinere Lerngruppe, jedes zusätzliche Förderangebot muss somit über großen Klassen und dem Verzicht auf Klassenteilungen „finanziert“ werden.

Ressourcenverteilung:

Es muss gesetzlich festgelegt werden, dass alle Sach- und Personalressourcen, die einem Schulstandort zur Verfügung gestellt werden, transparent und öffentlich einsehbar vergeben werden.

Mangelnde Demokratie und nur scheinbare Mitsprache:

Im APS-Bereich entscheidet das Schulforum nicht gegen die Wünsche des Schulleiters/der Schulleiterin. Die Eltern haben Sorge, ihrem Kind Nachteile zu bescheren, die Klassenvorstände stellen sich vor Publikum nur in den seltensten Fällen gegen ihren Vorgesetzten/ihre Vorgesetzte.

Das Schulforum ist im Gegensatz zum SGA im Bundesschulbereich nicht mit gewählten LehrerInnenvertretern besetzt, sondern mit Klassenvorständen. Die Einteilung der Klassenvorstände obliegt dem Schulleiter/der Schulleiterin. Wir regen an künftig auch im Pflichtschulbereich demokratisch beschickte Schulgemeinschaftsausschüsse einzurichten.

Ausweitung der Leiterbefugnisse ohne Stärkung der gesetzlich vorgesehenen Kontrolle der Personalvertretung:

Wir befürchten Verteilungskämpfe, mit denen die ClusterleiterInnen bzw. SchulleiterInnen im APS-Bereich ohne begleitende Unterstützung eines DA konfrontiert werden. Viele LehrerInnengruppen werden objektiv berechtigte Gründe für kleinere SchülerInnengruppen finden. Ungelöste Konflikte wirken sich äußerst negativ auf das Schulklima aus.

Die Personalvertretung im APS-Bereich muss im Cluster eingerichtet werden, damit sie in dort fallende Entscheidungen eingebunden ist. Die auf Bezirksebene eingerichtete Personalvertretung kann erst rückwirkend tätig werden und somit ihre gesetzlichen Aufgaben etwa bei der Erstellung der Lehrfächerverteilung und der Stundenpläne nicht wahrnehmen.

Bildungsdirektionen:

Die Bildungsdirektionen als Mischbehörden bringen keine gemeinsame Verwaltung. Das Nebeneinander von LehrerInnen, die unterschiedlichen Dienstgebern verpflichtet sind, wird durch die im Entwurf vorgesehenen Bestimmungen fortgeschrieben. Wir plädieren für eine echte gemeinsame Verwaltung von Bundes- und LandeslehrerInnen durch Bildungsdirektionen, die dem Ministerium direkt unterstellt sind.

Streichung von § 27a SchOG:

Durch die Streichung dieses Paragraphen sehen wir die pädagogisch unbedingt erforderlichen ambulanten Unterstützungssysteme gefährdet. Allein in Wien werden jährlich 12.000 SchülerInnen von BeratungslehrerInnen, PsychagogInnen, SprachheillehrerInnen, AutistenmentorInnen, mobilen LehrerInnen für sinnes- und körperbehinderte Kinder, FörderklassenlehrerInnen für sozial und emotional bedürftige Kinder, HeilstättenlehrerInnen, Sonderpädagogischen BetreuerInnen, IntensivpädagogInnen, StützlehrerInnen, ... betreut. Diese Betreuung zentral durch die Bildungsdirektion effektiv und sinnbringend zu steuern, ist in der Realität nicht durchführbar. Vom Auflösen der Zentren für Inklusiv- und Sonderpädagogik als Kompetenzzentren vor Ort ist unserer Meinung nach daher abzusehen.

LeiterInnenbestellung:

Wir sprechen uns für eine befristete Vergabe von Leitungsfunktionen aus. Die Leitung von Schulen ist eine sehr fordernde Aufgabe, weshalb uns eine Befristung auf zwei Perioden zu je 5 Jahren sinnvoll erscheint. Mit voller Kraft zu gestalten ist über zu lange Zeiträume nicht durchzuhalten. Ausgebrannte Schulleiter verwalten statt zu gestalten. Schule verdient mehr als das.

Wir sind davon überzeugt, dass es gut wäre, weiterhin KandidatInnen-Hearings an den Schulen abzuhalten und den LehrerInnen und Eltern die Möglichkeit zu Stellungnahmen einzuräumen, die der Begutachtungskommission vorgelegt werden.

Für die ÖLI-UG APS

Barbara Gessmann-Wetzinger, Renate Brunnbauer, Claudia Astner und Danny Noack